



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 5. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 16.12.2014,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 22:11



**Anwesenheitsliste**

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

ab TOP 3 ö.S. 17.46 Uhr

Heinz Schmitt



Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Hans Volkhardt

ab TOP 3 ö.S. 17.23 Uhr

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

AfD

Gerhard Mosebach

FDP

Jochen Silbernagel

Piraten

Kim Julia Kratz



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Jürgen Bibus	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Claus Eisenstein	(Jugendamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Peter Kaiser	(Stadtbauamt)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Hans-Joachim Malo	(Sozialamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Franz Müller	(Büro für Tourismus)
Matthias Schmauder	(Landesgartenschau Landau 2015 gGmbH)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Dorothea Müller	(stellvertretende Ortsvorsteherin Mörzheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Michael Schreiner	(Ortsvorsteher Godramstein)
Carina Treitz	(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer



Markus Geib

Entschuldigt

FWG

Linda Klein

AfD

Myriam Kern



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende informierte, dass das Ratsmitglied Gerhard Mosebach mitgeteilt hat, dass er zum 31. Dezember 2014 aus der AfD austritt. Sein Mandat im Stadtrat werde er behalten. Damit verliert die AfD ihren Fraktionsstatus. Dies habe zur Folge, dass alle Ausschüsse, in denen sich durch das geänderte Stärkeverhältnis eine andere Sitzverteilung ergibt, neu zu wählen sind.

Beschlüsse, die ein falsch zusammengesetzter Ausschuss trifft, seien rechtswidrig. Dies bedeutet, dass bis zur Neuwahl der Ausschüsse, diese nur vorberatend tätig sein können. Endgültige Beschlüsse könne nur der Stadtrat fassen. Vorgesehen sei, die Neuwahl der Ausschüsse in der Sitzung des Stadtrates am 3. Februar 2015 vorzunehmen.

Der Vorsitzende bat darum, den Tagesordnungspunkt 17 mit Rücksicht auf die anwesenden Menschen mit Beeinträchtigungen nach vorne zu legen und ihn als Tagesordnungspunkt 8 zu behandeln. Weiter bat er, den Tagesordnungspunkt 24 als Punkt 12.1 zusammen mit dem Wirtschaftsplan EWL zu behandeln.

**Der Stadtrat stimmte der Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Ö f f e n t l i c h e   S i t z u n g**

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an das Ehepaar Manfred und Gudrun Cronauer
3. Haushaltssatzung 2015 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2018, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung  
Vorlage: 200/186/2014
  - 3.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2015  
Vorlage: 101/257/2014
    - 3.1.1. Einstellung von Mitteln für den Verfügungsfonds zum Förderprogramm "Soziale Stadt"
    - 3.1.2. Streichung der Planungskosten für die Sanierung der Brücke An 44
    - 3.1.3. Endgültige Veräußerung des Grundstücks des ehemaligen Industriegleises
    - 3.1.4. Verzicht auf die Erhöhung der Gewerbesteuer
      - 3.1.4.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 5 Punkte  
Vorlage: 101/258/2014
  - 3.2. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Radwegebeschilderung  
Vorlage: 101/261/2014
  - 3.3. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2015  
Vorlage: 820/145/2014



- 3.3.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erhöhung der Mittel zur Sanierung des städtischen Wohnhausbesitzes  
Vorlage: 101/259/2014
4. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Öffentliche Informationsgrundlage zur Haushaltsproblematik verbessern  
Vorlage: 101/260/2014
5. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Überprüfung der Annahmezeiten für die Abgabe von Grünschnitt  
Vorlage: 101/255/2014
6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Resolution zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP  
Vorlage: 101/256/2014
7. Ponykarussell auf dem Herbst- und Maimarkt; Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 12. September 2014  
Vorlage: 101/239/2014
8. Satzung zur Bildung eines kommunalen Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat)  
Vorlage: 300/089/2014
9. Wahl der weiteren Mitglieder des Beirates für Migration und Integration  
Vorlage: 100/151/2014
10. Neubesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: 100/155/2014
11. Öffentlicher Betrauungsakt der Stadt Landau in der Pfalz für
  - a) die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH – Sparte „Betriebsführungen / Betriebspachten“
  - b) die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH – Sparte „Bäder“
  - c) die SH-Jugend & Soziales gGVorlage: /019/2014
12. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2015 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau, Service und Straßenreinigung  
Vorlage: 860/251/2014
- 12.1. Fortschreibung Personalkonzept Bauhof  
Vorlage: 860/250/2014
13. Wirtschaftsplan 2015 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH  
Vorlage: /020/2014
14. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2015  
Vorlage: 230/241/2014
15. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung  
Vorlage: 200/190/2014



16. 11. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd  
Vorlage: 200/191/2014
17. Beschlüsse des BVerfG betreffend Erhebung wiederkehrender Beiträge für  
Verkehrsanlagen, weitere Vorgehensweise  
Vorlage: 300/088/2014
18. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von  
Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)  
Vorlage: 300/090/2014
19. Förderprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren; - Vorläufiger Beschluss des  
Innenstadtentwicklungskonzeptes, - Vorläufiger Beschluss der Ausweisung eines  
Stadtumbaugebietes für einen Teilbereich der Innenstadt (Aktives Stadtzentrum Landau)  
Vorlage: 610/325/2014
- 19.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Erstellung eines "Integrierten Mobilitätskonzept Landau"  
Vorlage: 101/262/2014
20. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „DH 7 – Erweiterung Gewerbegebiet Im Grein“,  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 610/326/2014
21. Vergabe zur Erstellung einer Wohnungsmarktanalyse sowie Erstellung eines  
Wohnraumversorgungskonzeptes für die Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 610/331/2014
22. Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr  
Vorlage: 680/095/2014
23. Fremdwasserbeseitigung in der Stadt Landau in der Pfalz und Änderung der  
Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau  
Vorlage: 860/247/2014
24. Verschiedenes
- 24.1. Informationen zum "Landauer Weg der Bürgerbeteiligung"

## Öffentliche Sitzung





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

**Einwohnerfragestunde**

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### **Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an das Ehepaar Manfred und Gudrun Cronauer**

Der Vorsitzende würdigte die Verdienste der Eheleute Manfred und Gudrun Cronauer. Manfred Cronauer sei seit über 40 Jahren Mitglied im Vorstand des Eis- und Rollsportvereins im ASV Landau. Seit 1978 sei er Vorsitzender des Vereins. Sein besonderer Einsatz gehöre der Förderung der Jugend. So sei der Verein jährlich Ausrichter des rheinland-pfälzischen Jugendbestenwettbewerbs. Eine große Herausforderung sei die Sanierung der Rollschuhbahn im Jahre 2008 gewesen. Über viele Jahre hätten auch mit großem Engagement herausragende Bühnenaufführungen stattgefunden.

Manfred Cronauer sei Mitorganisator der Skater-Nights gewesen. All dies zeige, dass Herr Cronauer eine tragende Säule des Sports in Landau sei. Für dieses außergewöhnliche und hohe Engagement habe er 2009 die Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz erhalten.

All dies wäre ohne seine Ehefrau Gudrun Cronauer nicht möglich gewesen. Sie engagiere sich seit über 30 Jahren ohne jemals offizielle Funktionsträgerin im Verein zu sein. Das Ehepaar Cronauer sei als Tandem im Verein aktiv. Jeden Wettbewerb und jede Veranstaltung habe sie als Hauptverantwortliche geplant, vorbereitet und durchgeführt. Daher gebühre ihr die gleiche Ehre wie ihrem Mann.

Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung der gemeinsamen jahrzehntelangen herausragenden ehrenamtlichen Verdienste im sportlichen Bereich, eine Auszeichnung für das gemeinsame Lebenswerk.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte den Eheleuten Manfred und Gudrun Cronauer die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Cronauer bedankte sich auch im Namen seiner Frau für die Ehrung. Dies sei überraschend gekommen, umso mehr habe man sich darüber gefreut. Er hoffe, dass man noch lange den Eis- und Rollsportverein in Landau hegen und pflegen könne.



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### **Haushaltssatzung 2015 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2018, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 19. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Tischvorlagen vom 9. Dezember 2014 sind Bestandteil des Beschlusses und ebenfalls dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Er hielt zunächst seine Haushaltsrede. 2015 werde ein ganz besonderes Jahr für unsere Stadt. Dies nicht zuletzt wegen der Landesgartenschau. Trotz der Landesgartenschau sei keine einzige weitere Maßnahme aufgeschoben worden, dies sei alles parallel gelaufen. Man wolle bei den 185 Tagen Landesgartenschau gute Gastgeber sein, sich als offene und herzliche Stadt präsentieren. Die Landesgartenschau werde die Menschen begeistern. Viele Herausforderungen und hohe Hürden seien zu bewältigen gewesen. Die Diskussionen mit dem Landesrechnungshof sei eine Diskussion gewesen, die man so noch nicht gehabt habe. Erwähnen wolle er die Bombenfunde, die Sporthallen-diskussion, die Erdanhebungen und die Lunette 38. Jetzt sei man auf der Zielgeraden.

Er sehe die Landesgartenschau als Impulsgeber. Auf dem Gelände seien Grundstücke für 7 Millionen Euro veräußert und Baugenehmigungen im Volumen von 70 Millionen Euro erteilt. Dies zeige, welche wirtschaftliche Bedeutung die Landesgartenschau für die Stadt habe. Landau erfinde sich neu ohne seinen typischen Charme zu verlieren. Er danke an dieser Stelle ausdrücklich dem Team der Landesgartenschau, der Projektgruppe, der Verwaltung, dem Stadtvorstand und dem Stadtrat. Sein Dank gelte auch dem Förderverein mit seinen 800 Mitgliedern. Dies sei gelebtes bürgerschaftliches Engagement, es zeige sich dass die Bürgerschaft die Landesgartenschau mittrage.

Im Vergleich mit anderen Städten, wie z.B. Pirmasens, stehe Landau gut da. Erfolg habe aber immer auch eine Kehrseite. Es gebe eine geringe Leerstandsquote von 3 %, der Wohnraum sei knapp in Landau. Dies bedeute natürlich, dass es schwierig sei preisgünstigen Wohnraum zu finden. Man stehe vor den gleichen Herausforderungen wie andere Städte, z.B. Mainz, Trier, Koblenz oder Speyer. Die Zukunft unserer Stadt werde in der Gegenwart entschieden. Er bitte in diesem Kontext den Rat darum, die eigene Rolle nicht kleinzureden. Natürlich habe man nicht mehr die Spielräume wie früher, dennoch könne man stolz sein auf das, was man in den letzten Jahren erreicht habe. Dank der konstruktiven Beratungen habe man heute einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen können. Zufrieden könne einem der Ergebnishaushalt nicht stellen. Erträgen von 122,4 Millionen Euro stünden Aufwendungen von 137,6 Millionen Euro gegenüber. Dies bedeute einen Fehlbetrag von 15,2 Millionen Euro. Im Grunde sei es nicht möglich, sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen. Die Aufsichtsbehörde fordere die Einnahmen zu erhöhen, also an der Steuerspirale zu drehen. Eine Erhöhung der Grundsteuer um 9 Punkte und eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 6 Punkte hätte insgesamt 500.000 Euro gebracht, einen Haushaltsausgleich hätte man damit dennoch nicht erreicht. Allein die Aufwendungen im Jugend- und Sozialbereich würden um 4,3 Millionen auf jetzt 58,78 Millionen Euro steigen. Bei einem städtischen Anteil von 36 Millionen Euro werde deutlich, wo die Musik spiele. Die Auflagen der Kommunalaufsicht hinsichtlich der Anhebung der Realsteuerhebesätze kenne man. Dann sei das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den wiederkehrenden Beiträgen dazwischen gekommen. Dies sei eine harte Nuss für manche Bürger. Daher habe man für 2015 auf eine Anhebung der Realsteuerhebesätze verzichtet. Dagegen würden die Feldwegebeiträge einer moderaten Erhöhung bedürfen. Hinzu komme eine Erhöhung der Sondernutzungsgebühren um 10 % und der Vergnügungssteuer von 12 auf 18 v.H. Verbesserungen werde es beim Stadtteilservice geben. Im Stellenplan gebe es 6 zusätzliche Stellen, die aber alle gut begründet seien. Die zusätzlichen 4,2 Stellen im Sozialamt und Jugendamt seien wesentlich dem Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden geschuldet. In den 50er-Jahren hätten 22.000 Landauer 4000 Flüchtlinge aufgenommen. Deutschland sei eines der reichsten Länder auf der Erde, habe mit die besten Verwaltungen. Wenn man dann von einer Vereinigung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ höre, dann jage einem dies Schauer über den



Rücken. Dies erinnere ihn an ein Zitat von Berthold Brecht „Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kommt“. Gerade in diesen Tagen kurz vor Weihnachten erinnere er an Maria und Josef, die von Herberge zu Herberge gezogen seien und nirgends Obdach fanden. Sie hätten Jesus in einer Krippe unter freiem Himmel gebären müssen. Diese Familie stehe symbolisch für die Armen, Vertriebenen und Entrechteten auf dieser Welt. Wenn der Anlass des Weihnachtsfestes nicht bloße Folklore, sondern vor allem Botschaft sein solle, dann könne man sich der Verantwortung nicht entziehen. Er rufe alle Landauer auf, Menschen freundlich zu begrüßen. Landau bleibe eine Stadt des Anstands, der Offenheit und der gegenseitigen Wertschätzung.

Im Jahr 2015 werde man 22 Millionen Euro in die Zukunft der Stadt investieren. Dieser Haushalt ermögliche den Flächenankauf zur Erschließung des Gewerbegebietes D 10, den Ausbau des Heinrich-Heine-Platzes, Maßnahmen in der Altstadt-Südwest, die Weiterentwicklung der Baulandstrategie, verschiedene Straßenbaumaßnahmen, den Umbau des alten Dromedargeheges und des Raubtierhauses im Zoo, die Mensa im Schulzentrum Ost, die Fortführung der Schulmodernisierungen und den Neubau eines Rechenzentrums. Gerade die Fortsetzung der Schulmodernisierungen sei ihm wichtig, denn in den Schulen werde die Zukunft gestaltet. In Planung gehe die Sporthalle West, die man dann in den Jahren 2016 und 2017 errichten werde. Dies alles zeige, dass man gemeinsam viel vor habe. Ein wesentlicher Standortfaktor sei auch die Universität. Hier gelte es die jungen Menschen noch stärker an die Stadt zu binden.

Mittlerweile würden Unternehmen um harte und weiche Standortfaktoren ringen. Dies sei nicht immer so gewesen. Alle Herausforderungen habe man gemeistert, weil man gemeinsam unbeirrbar die Ziele im Auge behalten und Punkt für Punkt abgearbeitet habe. Landau sei eine selbstbewusste Stadt.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass es sich zeige, dass Haushalt doch nicht so einfach sei. Dies zeige allein schon der Umfang des vorliegenden Zahlenwerks. Er danke an dieser Stelle für die konstruktiven Beratungen in den Gremien und der Verwaltung für die gute Aufbereitung der Haushaltsunterlagen.

Es habe sich in Landau einiges bewegt und das Geld sei gut angelegt worden. Als Beispiele nenne er den Hauptbahnhof, die Landesgartenschau, die Schulen und die Fußgängerzone. Aber auch bei 22 Millionen Euro Investitionssumme in 2015 sei nicht alles möglich. Bei der Brücke An 44 müsse man jetzt handeln, bevor sie zum Einsturz komme. Die CDU-Fraktion sei auch für den Verzicht auf das Industriegleis am Wohnpark Haardtstraße. Dieser Verkauf bringe der Stadt 250.000 Euro Einnahmen. Vieles habe wieder geschoben werden müssen, weil es nicht finanzierbar sei. Dies bleibe nicht ohne Folgen, denn es führe zu einem Investitionsstau für die folgenden Jahre. Am hohen Defizit in der mittelfristigen Finanzplanung sei dies deutlich zu sehen.

Das eigentliche Problem liege im Defizit von 15 Millionen Euro im Ergebnishaushalt. Dies seien 12 % mehr Ausgaben als Einnahmen. Das sei aber kein kurzfristiges Überbrücken, sondern längst Standard geworden. Dies jetzt sogar in einer Zeit mit positiven soziostrukturellen Rahmenbedingungen und historisch tiefen Zinsen. Zwangsläufig führe dies zur Frage, warum die regelmäßig steigenden Einnahmen seit Jahren nicht mehr ausreichen um den Haushalt in Landau und anderen rheinland-pfälzischen Städten auszugleichen. Den ca. 1 Million mehr Steuereinnahmen würden alleine für den Jugend- und Sozialbereich Mehrausgaben von 3,7 Millionen Euro und 4 zusätzliche Stellen gegenüberstehen. Ohne Zweifel sei dies für die Betreuung von Flüchtlingen, die zusätzlichen Angebote der Inklusion und den Ausbau der Kinderbetreuung erforderlich. Die CDU werde sich dem nicht verschließen. Man sei nur dagegen, dass andere diese Leistungen beschließen und die Kommunen dies bezahlen müssten. Die Städte könnten diese steigenden Lasten nicht mehr alleine schultern.

Die CDU-Stadtratsfraktion sehe die Notwendigkeit bei den Ortsteilen Akzente zu setzen. Wenn man nicht riskieren wolle, dass die Stadtdörfer abgehängt werden, dann müsse man stärker auf deren Belange und Bedarfe eingehen. Man begrüße daher ausdrücklich die Stärkung des Stadtteilservices, die auf Vorschlag der CDU in den Haushalt gekommen sei.

Eine entscheidende Frage für die Zukunftsfähigkeit Landaus werde sein, wie man aus dem Dilemma unausgeglichener Haushalte herauskomme. Hierfür gebe es zunächst nur die Möglichkeiten Ausgaben zu reduzieren und Einnahmen zu erhöhen. Er begrüße es, dass der Oberbürgermeister die Finanzverwaltung angewiesen habe, alle Teilhaushalte im Hinblick auf Ausgaben der freiwilligen Leistungen und der Standards überprüfen zu lassen. Dies sei eine jahrelange Forderung der CDU-



Stadtratsfraktion. Allerdings frage er sich, warum dies erst jetzt passiere und nicht schon für den Haushalt 2015.

Die Verwaltung habe für diesen Haushalt Vorschläge zur Erhöhung der Einnahmen gemacht. Der Erhöhung der Vergnügungssteuer werde die CDU-Fraktion zustimmen. Auch der Erhöhung der Feldwegebeiträge werde man zustimmen. Eine Erhöhung der Grundsteuer um 9 Punkte würde insbesondere die Mieter treffen. Zudem habe man nach Mainz bereits den höchsten Satz in Rheinland-Pfalz. Vor dem Hintergrund weiterer Belastungen durch die wiederkehrenden Beiträge lehne man dies ab. Die CDU habe lange für einen Gewerbesteuersatz von 399 v.H. gekämpft, um eine dynamische Wirtschaft nach Landau zu holen und hier zu halten. Der Erfolg der prosperierenden Gewerbesteuereinnahmen gebe Recht. Die gemeinsame Erkenntnis, wie psychologisch wichtig ein Hebesatz unter 400 Punkten sei, sollte ausreichen, um eine Erhöhung der Gewerbesteuer zu vermeiden.

Es sei eine gesetzliche Pflichtvorgabe, dass der Haushalt in jedem Jahr in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen sei. Wenn man dies erreichen wolle, müsste man Pflichtausgaben kürzen und damit ebenfalls Gesetzesbruch begehen. Man habe die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Letztlich werde man einen großen Wurf des Landes brauchen. Zum einen eine Finanzreform, die die gravierenden Ungerechtigkeiten in der horizontalen und in der vertikalen Finanzverteilung beseitige. Zum anderen eine Kommunalreform, die aber aus einem Guss sein müsse. Diese müsse nicht nur die territorialen Fragen, sondern auch die Neueinteilung der staatlichen Aufgabenerledigung angehen. Bis dahin seien alle Anstrengungen für einen Haushaltsausgleich reines Stückwerk und ohne jegliche Perspektive. Dieser Haushalt könne nur so gut sein, wie es die rechtlichen und faktischen Rahmenbedingungen zuließen. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sah in dem vorliegenden Haushalt einen Haushalt mit zwei Gesichtern. Die Ausgaben im Bereich Jugend und Soziales lägen bei fast 60 Millionen Euro bei einem Plus von 7 % gegenüber 2014. Wenn diese Entwicklung so weitergehe, sei man im Jahr des Stadtjubiläums 2024 bei 110 Millionen Euro. Leider sei dies keine unvorstellbare Größenordnung, sondern eine ganz reale Perspektive. Dies sei eine staatlich sanktionierte Schiefelage der kommunalen Finanzen. Die Kommunen seien die Hamster im Laufrad der Finanzordnung in Deutschland. Man brauche jetzt festen Boden unter den Füßen, damit ein Haushaltsausgleich nicht nur beim Bund möglich sei. Deutlich positiver sei das zweite Gesicht des Haushalts. Die massiven Investitionen seien unverzichtbare Zukunftsinvestitionen und im Kern an der richtigen Stelle platziert. Soviel Stadtentwicklung wie heute sei nie gewesen. Es sei dies das Ergebnis einer engagierten Stadtpolitik auf soliden Grundlagen. Für die SPD-Stadtratsfraktion gelte es, Landau weiter zu stärken. Hier gebe es noch erhebliches Potential bei der Wirtschaft, beim Gewerbe und bei den Gewerbeflächen. Daher sage man ja zum Gewerbegebiet D 10 und Nein zu einer Erhöhung der Gewerbesteuer. Man wolle auch keine Mehrfachbelastungen durch eine Erhöhung der Grundsteuer und einer Neuregelung der wiederkehrenden Beiträge. Zustimmung werde man der Erhöhung der Vergnügungssteuer und der Feldwegebeiträge. Diese seien sinnvoll und verträglich.

Drei neue Sporthallen in öffentlicher Trägerschaft seien enorm für eine Stadt wie Landau. Dies zeige, dass Landau auch künftig eine Stadt des Sports sein werde. Bei der Feuerwehr sehe man mit Blick auf die interkommunale Zusammenarbeit ein großes Potential.

Der Haushalt mahne zur Ausgabendisziplin, die wünschenswerte Maßnahmen nicht zulasse. Eine solche wünschenswerte Maßnahme sei die Umgestaltung des früheren Industriegleises. Diese sei nicht zwingend notwendig, da es genügend Wegeverbindungen von West nach Ost gebe. Das Areal sollte man veräußern um die Einnahmen der Stadt zu verbessern. Man müsse auch die Kraft zum Ausstieg haben, wenn die Realisierung nicht zwingend geboten sei.

Ebenso halte man es auch nicht für zwingend, die Brücke An 44 so zu sanieren, dass sie wieder für den Pkw-Verkehr geöffnet werden könne. Die derzeit praktizierte Regelung habe sich bewährt. Auch in Zukunft stehe man mit der regionalen Umsetzung der Energiewende, Stichwort Windkraft, und der Zuweisung und Unterbringung von Asylbewerbern vor großen Herausforderungen. Gerade die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden sei eine große Herausforderung, die man mit kühlem Verstand angehen müsse. Vor allem sollte man hier nicht eine Last sehen, sondern eine menschliche Verpflichtung. Seitens der Verwaltung werde hier eine sehr engagierte und gute Arbeit geleistet. Der Anspruch sei Landau als Heimat für alle.



Er danke der Verwaltung für die Vorlage dieses Haushaltsentwurfs und den anderen Fraktionen für die konstruktive Beratung, die angenehme Zusammenarbeit und das gute Klima im Rat. Die SPD-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass es für die Grünen viele gute Gründe für und gegen den Haushalt gebe. Man begrüße die barrierefreie Konzeption des Heinrich-Heine-Platzes, zusätzliche Gelder und Personalstellen für die Betreuung von Flüchtlingen und die Erstellung einer Wohnungsmarktanalyse. Dagegen würden Mittel für die Radwegebeschilderung fehlen, es gebe einen absoluten Mangel an Personal für die Bürgerbeteiligung und fragwürdige Investitionen wie bei der Brücke An 44 oder dem Gewerbegebiet D 10. Für die Grünen sei nur die Zahl von 15,2 Millionen Euro entscheidend für die Zustimmung oder Ablehnung. Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik konzentriere sich letztlich auf die entscheidende Frage der politischen Generationengerechtigkeit. Erschreckend sei nicht so sehr die Höhe der Altschulden, sondern vielmehr die Geschwindigkeit der Neuverschuldung. In weniger als einer Generation werde man Schulden in Höhe unseres Eigenkapitals aufweisen, wenn sich nichts wesentliches ändere. Die aktuell historisch niedrigen Zinsen würden derzeit die langfristigen Probleme nur verschleiern. Wenn man Investitionen nicht an der Notwendigkeit, sondern am finanziellen Handlungsrahmen orientiert, dann gefährde man die eigene politische Handlungsfähigkeit. Verantwortlich für diese finanzielle Situation sei das strukturelle Missverhältnis von Einnahmen und Ausgaben. Bund und Land würden Aufgaben übertragen ohne die notwendige finanzielle Ausstattung für deren Erfüllung. Dies sei aber nur die halbe Wahrheit. Was wir als Stadt tun, worüber wir sprechen und was wir vorschlagen sei alles nicht genug. Mit diesem Haushaltsvorschlag werde man der Aufgabe nicht gerecht. Daher werde die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Haushalt ablehnen.

Anstatt aber das Handeln der großen Koalition in Landau zu geißeln, wolle man das Angebot machen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Es sei das Angebot zu versuchen, das Problem des strukturellen Defizits zu lösen. Erstes und vordringlichstes Ziel müsse es sein, das strukturelle Problem deutlich zu reduzieren ohne die Investitionen zu beschneiden. Der Lösungsansatz der Großen Koalition sei Wachstum und zugegebenermaßen sei dieser Weg bisher erfolgreich. Dennoch sei der Weg des unendlichen Wachstums keine reale Option für Landau. Man werde in ein paar Jahren keine verkäuflichen Flächen mehr haben, denn neue Gebiete brauchen auch weitere zu unterhaltende Infrastruktur. Eine Stadt wie Landau brauche auch statt Einfamilienhäuser mehr kleine preisgünstige Wohnungen und Mehrfamilienhäuser.

Größter Irrtum sei die Vorstellung, nur genügend Gewerbesteuerzahler nach Landau zu holen. Ein Großteil der Neuansiedlungen sei auch kein echtes Wirtschaftswachstum, sondern Abwerbungen aus der Region. Verbessern könne man die Lage nur, indem man Ausgaben reduziert, die Einnahmen erhöht und die Effizienz steigert. Insofern sei es der richtige Ansatz des Oberbürgermeisters, den Haushalt komplett nach Einsparpotentialen durchforsten zu lassen. Wichtig sei auch, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt klar zu sagen wie es um uns steht. Unterstützung bei den Bürgern für notwendige Maßnahmen zu erarbeiten sei ebenso wichtig wie eine Veränderung der Art und Weise über Maßnahmen zu sprechen. So bedeute die Erhöhung der Grundsteuer B um einen Punkt eine jährliche Mehrbelastung von 33 Cent pro Bürger. Eine Steuererhöhung müsse auf die Agenda. Auch das ständige Verweisen auf Bund und Land helfe nicht weiter. Keine Regierung auf keiner Ebene gleich welcher Farbkombination werde uns retten. Wir müssten selbst den Mut aufbringen uns zu helfen. Dabei müsse jeder über seinen Schatten springen. Die Grünen seien bereit, Dinge mitzutragen, die wehtun würden. Auch die Aufgabe der Kreisfreiheit müsse konstruktiv thematisiert werden. Die Einladung der Grünen an die anderen Fraktionen stehe. Wichtig sei einzig und allein, dass man Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit zur Handlungsmaxime erkläre.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte daran, dass wir historisch einmalige Einnahmen haben. Man habe ein enormes Wachstum, hier stehe Landau sehr gut da. Auch das Zinsniveau sei erschreckend niedrig. Dies habe er in dieser Form noch nie erlebt. Trotzdem werde man von den Ausgaben aufgefressen. Die Antwort der Grünen darauf, die Steuern zu erhöhen, sei hier das gleiche wie immer und nicht wirklich ein neuer Ansatz. Man müsse schon konkret sagen, wo man einsparen wolle. Es gebe einige Dinge an denen man nicht vorbeikomme. Das Grundproblem sei das Konnexitätsprinzip, das immer mehr außer Acht gelassen werde. Hier sollte man einmal eine gemeinsame Resolution verfassen.





Ein Grundproblem unseres Haushalts seien die dramatisch steigenden Aufwendungen im Bereich Jugend und Soziales. Niemand habe hier eine Lösung. Selbst wenn man alle freiwilligen Leistungen streichen würde, würde man keinen Haushaltsausgleich erreichen. Dies sei und bleibe ein Irrsinn. Die FWG sehe den Bedarf für eine Wohnungsmarktanalyse. Das Problem, preiswerten Wohnraum zu finden, sei sicherlich vorhanden, hier müsse man tätig werden. Man sei allerdings klar gegen die Gründung einer städtischen Gesellschaft.

Es zeige sich, dass der Kommunale Entschuldungsfonds Wirkung zeige. Er halte es für sinnvoll, einen Kommunalen Entschuldungsfonds 2 aufzulegen.

Die Brücke An 44 müsse weiterhin für Fußgänger und Radfahrer passierbar sein, daher sei eine Sanierung in diesem Rahmen erforderlich.

Ein Vorschlag zum Einsparen sei für die FWG das Haus am Maulbeerbaum. Hier gehe es um fast 1 Million Euro. Auch über das Striefflerhaus sollte man gemeinsam sprechen und prüfen, ob es Alternativen gibt. Anders sehe man die Frage der Sanierung der Horstbrücke. Diese sei zwingend erforderlich, da die Horstbrücke eine Lebensader für die Stadt sei. Einig sei man sich darin, das Gelände des Industriegleises an der Haardtstraße zu veräußern.

Eine große Zukunftsaufgabe sei die Anbindung der Ortsteile an schnelles Internet. Ohne schnelles Internet gehe es heute nicht mehr. Dammheim sei hier Vorreiter gewesen.

Einer Prüfung der Aufgabe der Kreisfreiheit, wie es die Grünen vorschlagen, werde man sich nicht verschließen. Mit der Aufgabe der Kreisfreiheit habe er keine Probleme.

Kritisch hinterfragen müsse man die Stellenmehrung im Sozialbereich, gerade bei der Sozialarbeit. Notwendig und sinnvoll sei sie ohne Zweifel im Bereich Asyl. Anders sei das bei der mobilen Sozialarbeit. Bis jemand in die Schulen komme, sei das Problem meist schon wieder vorbei.

Bei der Straßenbeleuchtung sollte man eine Schiebung der Maßnahme überlegen, da sich auch die LED-Technik weiterentwickle.

Sehr ärgerlich sei nach wie vor das leidige Thema Schulbuchausleihe. Dies sei ein Unsinn hoch 10. Es sei vollkommen unverständlich, warum man gut verdienenden Eltern die Bücher zumindest teilweise bezahlen müsse. Das gleiche gelte für die Schülerbeförderung, bei der man in Landau schon bei 600.000 Euro liege. Bei Eltern, die einen Bedarf hätten, mache dies Sinn, aber nicht bei Gutverdienern.

Was Anträge und Anfragen an die Verwaltung betreffe, sollte man mehr auf Effektivität achten und auch den Verwaltungsaufwand und die Finanzierung beachten. Die FWG sehe die Zusammenarbeit mit der Verwaltung sehr positiv. Er danke für die sehr umfangreichen und guten Haushaltsunterlagen. Die FWG-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete zunächst die beiden Anträge ihrer Fraktion. Durch die moderate Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes ließen sich die Einnahmen der Stadt um 345.000 Euro erhöhen. Auch die ADD als Aufsichtsbehörde würde dies immer wieder fordern. Als Stadt habe man enorm viel Geld in die Infrastruktur investiert, wovon auch die Gewerbebetriebe profitieren würden. Von daher halte sie eine Anhebung der Gewerbesteuer für gerechtfertigt.

Weiter wolle man eine Mittelanhebung für die Sanierung des städtischen Wohnhausbesitzes. Die Förderquote von 80 % erlaube einen Mitteleinsatz von 750.000 Euro bei nur 150.000 Euro Eigenanteil. Man hätte es gerne gesehen, wenn die Stadt über das GML auf dem Gartenschau Gelände selbst ein Gebäude für preiswerten Wohnraum für Familien hergerichtet hätte. Wie so oft warte man auf die tollen Investoren. Es sei unbestritten, dass durch das Auslaufen der Mietpreisbindung ein enormer Bedarf bestehe für sozialen Wohnraum. Schwer im Magen liege ihr die Erhöhung der Kosten der Landesgartenschau um 1 Million Euro. Die UBFL hätte auf den Aussichtsturm und die Sporthalle verzichtet. Man befürchte, dass das Wohngebiet Am Ebenberg nur für reiche Leute erschwinglich sein werde. Zur Daseinsvorsorge gehöre auch das Wohnen als Menschenrecht.

Im gestiegenen Etat für Jugend und Soziales zeigten sich die zunehmenden sozialen Probleme. Dies könne nicht verwundern. Man trage die Stellenmehrung im Jugendamt und im Sozialamt mit, auch wenn diese nur den Mangel verwalten. Die Flüchtlinge und Asylsuchenden seien in Landau willkommen. Ein reiches Land wie Deutschland habe auch eine internationale Verpflichtung. Es sei dies eine Herausforderung und große Aufgabe.

Die UBFL trage das Personalkonzept für den Bauhof mit. Damit würde man teure externe Ausschreibungen mit teils mangelhafter Qualität einsparen. Mittragen werde man auch den



Wirtschaftsplan der Stadtholding, obwohl man sich hier mehr Investitionen ins Freibad statt ins LaOla wünschen würde.

Ihrer Meinung nach bräuchten auch die Kämmerei und das Rechnungsprüfungsamt mehr Mitarbeiter. Es sei eine Zumutung, dass die Jahresabschlüsse 2009 bis 2013 noch nicht vorlägen. Dies sei im Übrigen auch ein permanenter Verstoß gegen die Gemeindeordnung.

Erste Früchte habe das Bürgerengagement zum Erhalt des Hauses zum Maulbeerbaum getragen. Sie hoffe, dass es einer Genossenschaft gelinge, die Sanierung des Hauses zu stemmen.

Ein weiteres Problem sei nach wie vor das Geothermiekraftwerk. Dieses müsse endgültig stillgelegt werden.

Das Defizit mit einem Jahresfehlbetrag von 15,2 Millionen Euro könne nicht befriedigen. Die politische Kaste in Bund und Land ändere daran nicht wirklich etwas egal wer an der Regierung sei. Ein wichtiges Thema für die UBFL sei die Bürgerbeteiligung, die aber eine echte Bürgerbeteiligung sein müsse. Eine weitere große Herausforderung sei die Inklusion. Dies sei eine sehr wichtige Aufgabe, der man sich schrittweise nähere. Sie danke für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und für die verständliche Erläuterung des Haushaltes. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde den Haushalt ablehnen.

Ratsmitglied Mosebach war der Auffassung, dass der Haushalt solide aufgestellt sei. Der Investitionshaushalt sei auf das notwendige reduziert worden. Er sei ebenfalls der Meinung, dass eine Sanierung der Brücke An 44 zum gegenwärtigen Zeitpunkt geschoben werden könne. Eine Öffnung für den Autoverkehr sei nicht erforderlich. Das hohe Defizit im Haushalt sei wesentlich auf die hohen Kosten für die Betreuung in Schulen und Kindergärten zurückzuführen. Hier sollte die Stadt alle Möglichkeiten nutzen, um das Land zu einer Finanzreform zu drängen. Die Stellenmehrung im Sozial- und Jugendamt sowie beim Stadteilservice sei unbestritten und werde von der AfD mitgetragen. Zustimmung werde man auch der Erhöhung der Vergnügungssteuer und der Feldwegebeiträge. Dagegen lehne man eine Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer ab. Eine solche Erhöhung hätte 450.000 Euro gebracht, das Haushaltsdefizit hätte sich dadurch aber nicht merklich verringert.

Die AfD-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

### **Die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden sind dieser Niederschrift als Anlagen beigefügt.**

Der Vorsitzende bedankte sich für die Haushaltsreden, die eine gute Botschaft gesendet hätten. Natürlich habe er den Auftrag in die Verwaltung gegeben, die Teilhaushalte zu durchforsten. Davon dürfe man aber keinen Haushaltsausgleich erwarten. Schon beim Kommunalen Entschuldungsfonds sei es uns schwergefallen, Streichungen und Kürzungen vorzunehmen. Vorschläge, wo man kürzen könne, habe er keine vernommen.

Zur Brücke An 44 gebe er zu Protokoll, dass die Brücke in den letzten Jahren deutlich an Qualität eingebüßt habe. Er könne nicht garantieren, dass die Brücke im nächsten Jahr geöffnet bleiben dürfe. Im schlimmsten Fall könne dies bedeuten, dass im Jahr der Landesgartenschau die Verbindung zwischen Goethepark und Schillerpark nicht mehr möglich sei.

Dies bedeute, dass die Brücke saniert werden müsse. Deshalb habe man Planungskosten für das Jahr 2015 eingestellt. Eine Sanierung nur für den Fußgänger- und Radverkehr mache keinen Sinn. Wenn man saniere, dann auch für den Autoverkehr.

Die 50.000 Euro für die Radwegeverbindung sei nach Auffassung der Verwaltung im Haushalt enthalten. Zur Kommunalreform wolle er nur sagen, dass dies alleine nicht gehe. Er habe kein Problem damit, auch die Aufgabe der Kreisfreiheit sorgsam zu prüfen.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass er dem Haushalt zustimmen werde. Ausschlaggebend für seine Zustimmung sei der Verzicht auf die Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer. Der Verzicht auf die Erhöhung der Gewerbesteuer sei ein wichtiges Zeichen für die Wirtschaft. Dies gelte auch für die Erweiterung des Gewerbegebietes D 10. Der Fokus sollte weiterhin auch auf den Verkauf städtischer Liegenschaften gelegt werden. Nicht vergessen dürfe man die Stärkung der Stadtdörfer mit der Baulandstrategie. Er mahne für die Zukunft an, genau auf den Stellenplan zu schauen um nicht noch mehr Steigerungen zu haben. Zur Brücke An 44 wolle er sagen, dass Brücken Menschen





verbinden sollen und nicht Wege abschneiden. Daher sei er für eine Instandsetzung dieses Brückenbauwerkes.

Ratsmitglied Schmitt bedauerte, dass in den heutigen Reden das Thema Kinder und Jugendliche zu kurz gekommen sei. Es gehe ihm vor allem um die Stellen für die mobile Schulsozialarbeit. An vielen Schulen gebe es Drogenprobleme, Defizite in der elterlichen Erziehungsarbeit und Kinder aus zerrissenen Familien. Daher müsste hier mehr investiert werden. Diese freiwillige Leistung sei absolut notwendig als Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man in der Stadt Landau sehr viel auch in diesem Bereich tue. Man habe bereits 4 Stellen in diesem Bereich. Hinzu komme, dass man auch bei der Inklusion erst am Beginn der Umsetzungen stehe.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 9 Nein-Stimmen.

**a) über den städtischen Haushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:**

<b>1. im Ergebnishaushalt</b>	
Gesamtbetrag der Erträge auf	122.432.987 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	137.629.429 Euro
Jahresfehlbetrag auf	-15.196.442 Euro
<b>2. im Finanzhaushalt</b>	
ordentlichen Einzahlungen auf	110.893.145 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	124.862.358 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	-13.969.213 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	16.739.271 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	16.739.271 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	17.520.113 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	3.550.900 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	13.969.213 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	145.152.529 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	145.152.529 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

**3. über das Investitionsprogramm (Finanzhaushalt 2015 bis 2018)**

welches nach Vorlage der Verwaltung folgende Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausweist:

2015	16.739.271 Euro
2016	15.541.626 Euro
2017	8.384.326 Euro
2018	5.239.326 Euro

**b) über den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagement Landau**



<b>Erfolgsplan</b>	
Erträge	14.145.500 Euro
Aufwendungen	14.461.150 Euro
Differenz	-315.650 Euro
<b>Vermögensplan</b>	
Einnahmen	8.072.750 Euro
Ausgaben	8.072.750 Euro
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b>	
für das Jahr 2016	1.805.000 Euro
für das Jahr 2017	1.342.000 Euro
<b>Gesamtbetrag der Kredite</b>	3.518.100 Euro
<b>Gesamtbetrag der Liquiditätskredite</b>	3.000.000 Euro
<b>c) Bürgerstiftung</b>	
<b>1. im Ergebnishaushalt</b>	
Gesamtbetrag der Erträge auf	187.264 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	214.928 Euro
Jahresfehlbetrag auf	-27.664 Euro
<b>2. im Finanzhaushalt</b>	
ordentlichen Einzahlungen auf	181.900 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	158.250 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	23.650 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	50.000 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	50.000 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	231.900 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	158.250 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	73.650 Euro
<b>d) Landauer Kunststiftung</b>	
<b>1. im Ergebnishaushalt</b>	
Gesamtbetrag der Erträge auf	21.417 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	21.417 Euro
Jahresfehlbetrag auf	0 Euro
<b>2. im Finanzhaushalt</b>	
ordentlichen Einzahlungen auf	17.330 Euro



ordentlichen Auszahlungen auf	17.330 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	17.330 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	17.330 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

e) Strieffler Stiftung

1. im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der Erträge auf	35.350 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	35.350 Euro
Jahresfehlbetrag auf	0 Euro
2. im Finanzhaushalt	
ordentlichen Einzahlungen auf	31.350 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	31.350 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	31.350 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	31.350 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

f) über den Stellenplan.

- I. Hinsichtlich der veranschlagten Investitionen im Haushalt der Stadt Landau in der Pfalz und den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau, der Landesgartenschau Landau 2015 gemeinnützige GmbH und der Projektgruppe



**Landesgartenschau beim EWL beschließt der Stadtrat folgendes Verfahren zur Optimierung der Finanzsteuerung:**

- 1. Der Beginn von förderfähigen Maßnahmen ab einer Gesamtinvestitionssumme von 20.000 Euro, ausgenommen sind hiervon Planungsleistungen, ist grundsätzlich dem Stadtvorstand vorher anzuzeigen. Als Maßnahmebeginn gilt die Einleitung des Verfahrens.**
- 2. Weichen die Höhe der im Haushalt oder den Wirtschaftsplänen veranschlagten Drittfinanzierungsmittel (Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge) oder die Kassenwirksamkeit von den Planansätzen krediterhöhend ab, ist vor Maßnahmebeginn und Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen durch die jeweils verantwortlichen Bereiche das Einvernehmen mit dem Stadtvorstand herzustellen und darzulegen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann.**
- 3. Im Kernhaushalt bleiben alle Haushaltsansätze für Investitionen wie bisher gesperrt. Mittelfreigabeanträge sind vor der Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen an die Kämmereiabteilung zu richten, ab einer Höhe von 20.000 Euro entscheidet der Stadtvorstand über die Mittelbereitstellung. Ziffer 2 gilt entsprechend.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2015**

Zur Protokollierung wird auf die nachfolgenden Unterpunkte verwiesen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1.1. (öffentlich)**

**Einstellung von Mitteln für den Verfügungsfonds zum Förderprogramm "Soziale Stadt"**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 4. Dezember 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Dieser Betrag von 12.500 Euro sei bereits im Haushalt enthalten. Er sehe diesen Antrag insofern als erledigt an.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron stimmte dem für den Antragsteller zu.

**Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis und stellte fest, dass dieser sich erledigt hat.**



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1.2. (öffentlich)**

#### **Streichung der Planungskosten für die Sanierung der Brücke An 44**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 4. Dezember 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch sah diesen Ansatz unabhängig von der Frage, ob die Brücke nur für Fußgänger und Radfahrer frei bleibt oder auch für den Autoverkehr. Im Haushalt seien 50.000 Euro Planungskosten vorgesehen. Bevor die Gefahr bestehe, dass die Brücke 2015 ganz geschlossen werden müsse, sollte dieser Ansatz im Haushalt bleiben.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass er es nicht so verstanden habe, dass eine komplette Sperrung der Brücke schon für 2015 real drohe. Er halte die jetzige Lösung für eine gute Lösung. Die Planungskosten halte er zum jetzigen Zeitpunkt nicht für nötig.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron machte deutlich, dass aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion diese Gelder aus dem Haushalt heraus sollten. Man sei jederzeit in der Lage, schnell zu reagieren wenn es akut werden sollte. Es gebe genügend Stellschrauben, an denen man drehen könne. Dies sei ein politisches Signal, dass der Rat eine Sanierung für den Autoverkehr, wie es die Verwaltung vorsehe, nicht wolle.

Ratsmitglied Freiermuth wollte wissen, ob es nun ein Sicherheitsaspekt sei oder nicht.

Der Vorsitzende erläuterte, dass es nicht so sei, dass die Brücke morgen zusammenfalle. Allerdings könne es sein, dass sie bei der nächsten Sicherheitsüberprüfung gesperrt werden müsse.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstützte für die UBFL-Stadtratsfraktion den Antrag der SPD. Man sollte hier keine Vorfestlegungen treffen, wie man die Brücke später nutzen wolle.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass die Aussagen sehr klar seien, dass es hier um die Statik gehe. Er gebe zu Protokoll, dass die CDU-Fraktion hierfür die Verantwortung nicht übernehmen wolle.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 23 Ja- und 20 Nein-Stimmen:

**Die für 2015 eingestellten Planungskosten in Höhe von 50.000 Euro für die Sanierung der Brücke in An 44 werden aus dem Haushaltsansatz herausgenommen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1.3. (öffentlich)**

**Endgültige Veräußerung des Grundstücks des ehemaligen Industriegleises**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 4. Dezember 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL wolle, dass dies als öffentliche Fläche erhalten bleibe.

Ratsmitglied Lichtenthäler sah im Moment realistisch keinen unbedingten Bedarf eines weiteren Radweges an dieser Stelle. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Herr Kamplade erläuterte, dass die Eigentümer der Grundstücke bereits Optionen auf diese Grundstücksflächen haben.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**Das Areal ehemaliges Industriegleis in der Maßnahme Masterplan Haardtstraße wird endgültig veräußert mit dem Ziel, Verkaufserlöse in Höhe von ca. 280.000 Euro zu erreichen.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1.4. (öffentlich)**

**Verzicht auf die Erhöhung der Gewerbesteuer**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 4. Dezember 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Der Verzicht auf die Erhöhung der Gewerbesteuer sei bereits im Haushalt enthalten. Er sehe diesen Antrag insofern als erledigt an.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron stimmte dem für den Antragsteller zu

**Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis und stellte fest, dass dieser sich erledigt hat.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1.4.1. (öffentlich)**

**Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 5 Punkte**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 8. Dezember 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Sie sei der Auffassung, dass man auf Mehreinnahmen, die eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes bringen würde, nicht verzichten sollte. Eigentlich habe es im Ältestenrat eine große Einigkeit hierüber gegeben. Insofern sei sie über die Kehrtwende überrascht.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass sich die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion enthalten werde. Man sei ein Stück weit überzeugt, dass eine Gewerbesteuererhöhung Teil eines Konzeptes zur Haushaltskonsolidierung sein müsse. Im nächsten Jahr sollte man dies frühzeitig gemeinsam besprechen.

Der Stadtrat lehnte mit 2 Ja,- 35 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen

**den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, zur Einnahmeverbesserung den jährlichen Gewerbesteuersatz um 5 Punkte zu erhöhen, ab.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.2. (öffentlich)**

**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Radwegebeschilderung**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 9. Dezember 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler begründete den Antrag. In diesen Haushalt sollte ein Ansatz für die Radwegebeschilderung aufgenommen werden. Dieser habe schon im letzten Haushalt gestanden, sei dann aber von der ADD gestrichen worden. Man habe seit 2008 ein Radwegekonzept, von dem auch einiges umgesetzt worden sei. Ein Teil dieses Konzeptes sei auch die Radwegebeschilderung als wesentlicher Punkt. Nach wie vor sei die Beschilderung nicht ausreichend. Gerade im Hinblick auf die Landesgartenschau sei dies aber eigentlich unaufschiebbar.

Herr Messemer erläuterte, dass ein Ansatz dafür im Haushalt enthalten sei. Im Konto 5410.096318 seien 2015 10.000 Euro für Verbesserungen eingestellt und für die Folgejahre jeweils 15.000 Euro.

Ratsmitglied Lichtenthäler entgegnete, dass man diese 10.000 Euro ja wohl nicht als Ansatz für die Radwegebeschilderung verkaufen könne. Für diese Radwegebeschilderung, wie sie Teil des Radwegekonzeptes sei, sollten 40.000 Euro eingestellt werden.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass er das Anliegen der Grünen teile. Er habe aber keinen Grund, der Aussage der Verwaltung nicht zu trauen. Deshalb lehne die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag ab.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 8 Ja,- 20 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen:

**den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, in den Haushaltsplan 2015 für die geplante Radwegebeschilderung in der Stadt Landau einen Betrag von 40.000 Euro einzustellen, ab.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.3. (öffentlich)

**Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2015**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 12. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2015 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:**

**Erfolgsplan:**

Erträge	14.145.500,00 EURO
Aufwendungen	14.461.150,00 EURO
Differenz:	- 315.650,00 EURO

**Vermögensplan:**

Einnahmen	8.072.750,00 EURO
Ausgaben	8.072.750,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2015 wird festgesetzt auf **3.518.100,00 EURO.**

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf **3.000.000,00 EURO.**

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2016 bis 2017 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf:

Wirtschaftsjahr 2016: 1.805.000,00 EURO

Wirtschaftsjahr 2017: 1.342.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in Höhe von:

2016: 1.174.000 EURO

2017: 487.000 EURO

aufgenommen werden.

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung der Stadt Landau in der Pfalz.

c) Weiterhin beschließt der Stadtrat die Gesamtstellenübersicht für das Gebäudemanagement Landau.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.3.1. (öffentlich)**

**Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erhöhung der Mittel zur Sanierung des städtischen Wohnhausbesitzes**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 8. Dezember 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Es gehe darum hier ein Zeichen zu setzen.

Herr Götz erläuterte, dass alle Wohngebäude innerhalb dieses Sanierungsgebietes bereits über die Modernisierungsvereinbarung abgearbeitet seien. Bei einem Ankauf der Grundstücke wäre der Betrag von 150.000 Euro nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem finanziere sich der Wohnhausbesitz ohne Kreditaufnahme nur aus Eigenmitteln. Wenn man dies so mache wie von der UBFL beantragt, müsste man Kredite aufnehmen. Dies wäre ein Paradigmenwechsel.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 2 Ja,- 40 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

**den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, die Mittel zur Sanierung des städtischen Wohnhausbesitzes um 150.000 Euro zu erhöhen und im Haushalt des GML zu veranschlagen, ab.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Öffentliche Informationsgrundlage zur Haushaltsproblematik verbessern**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 8. Dezember 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Wenn man eine Haushaltsverbesserung erreichen wolle, dann müsse man den Menschen erklären, warum die Situation so ist wie sie ist. Dies mache man im Moment nicht in ausreichender Form. Grundvoraussetzung für eine verständliche Darstellung sei ein Bürgerhaushalt. Die Stadt Trier habe dies gut umgesetzt. Auch der Bundeshaushalt sei exzellent dargestellt. Befassen müsse man sich mit der Einnahmesituation und es bedürfe einer gründlichen Analyse des Status der Kreisfreiheit von Landau. Eine solche Analyse sei ohne Zweifel zeit- und personalintensiv, aber letztlich unabdingbar.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass man in früheren Jahren bereits Bürgerhaushalte gehabt habe mit ernüchternden Ergebnissen. Die Kämmerereiabteilung habe im Moment nicht die Kapazität, diese Analyse zu erstellen. Hierfür müsste man dann eine Firma beauftragen. Er schlage daher vor, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass gerade die Frage der Kreisfreiheit ein politischer Prozess sein werde. Es könne aber vielleicht nicht falsch sein, einige Eckpunkte zu fixieren.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass er mit der Frage der besseren Darstellung keine Probleme habe. Die Diskussion über die mögliche Aufgabe der Kreisfreiheit müsse man aber anders führen. Zuvor müsse man aber erst mal über die Aufgabenverteilung auf den verschiedenen Ebenen sprechen. Vor allem müsste man dies auch südpfalzweit diskutieren.

Der Vorsitzende unterstrich, dass ein Bürgerhaushalt ein großer Aufwand wäre

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, die öffentliche Informationsgrundlage zur Haushaltsproblematik zu verbessern und eine ausführliche Analyse zur möglichen Aufgabe der Kreisfreiheit zu erarbeiten, wird in den Hauptausschuss verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Überprüfung der Annahmezeiten für die Abgabe von Grünschnitt**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 17. November 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Gerade in der Vegetationsphase sollte man darüber nachdenken, die Annahmezeiten durchgehend zu machen. Er sei sicher, dass es viele Menschen als echtes Problem sehen und es begrüßen würden.

Bürgermeister Hirsch erklärte, dass man wisse dass die Situation nicht optimal sei. Daher werde man eine Planung für einen neuen Wertstoffhof inklusive einer Grünschnittannahmestelle erstellen. Für diese Maßnahme solle bereits 2015 Baubeginn sein. Dann werde man das ganze auch bürgerfreundlicher machen können. Aktuell könne man jetzt wenig ändern. In der Perspektive sei es aber genau das was man wolle.

**Der Stadtrat nahm den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion und die Planungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Resolution zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 29. November 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Blinn begründete den Antrag. Die Thematik schein weit weg von uns in Landau zu sein. Das Freihandelsabkommen TTIP werde aber die Bürgerinnen und Bürger und den Rat mit Sicherheit beschäftigen. Dieser vorgelegte Resolutionsentwurf sei so auch in Worms beschlossen worden. Grundsätzlich habe man nichts gegen Handel, alles andere wäre auch töricht. Es gehe aber um eine Abwägung, welche Chancen und Risiken bei dem geplanten Abkommen bestehen. Die Frage stehe im Raum, wieviel staatlichen Einfluss man wolle und wieviel Regulierung und wie viele Standards der Staat festlege. In gewissen Bereichen sei eine Angleichung von Standards durchaus in Ordnung. Im kommunalen Bereich allerdings sei die Daseinsvorsorge betroffen. Wenn man hier keinen Schutz in den Verhandlungen erreiche, habe dies Auswirkungen für den Zoo, die Stadtbibliothek und andere Einrichtungen. Es könnte sein, dass man diese dann mit öffentlichen Geldern nicht mehr fördern dürfe. Die Resolution sei insofern selbsterklärend. Er würde sich freuen, wenn man einen breiten Konsens erreichen könnte.

Ratsmitglied Lerch war überrascht über diese Resolution. Zunächst sollte die Resolution vorher mit den anderen Fraktionen abgestimmt werden. Die kommunalen Spitzenverbände hätten eigentlich schon klar artikuliert, was aus Sicht der Kommunen wichtig sei. Er halte sich an eine Erklärung des Bundesjustizministers, nachdem Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge auf jeden Fall ausgeklammert werden sollen. Allerdings gestehe er gerne zu, dass ihm die Fachkompetenz fehle um es in der Gänze einschätzen zu können. Die CDU-Stadtratsfraktion werde sich enthalten.

Ratsmitglied Hartmann dankte Herrn Dr. Blinn für diese Resolution. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass die Resolution in die richtige Richtung gehe. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Resolution sehr berechtigt sei. Es seien Geheimverhandlungen, die völlig intransparent seien. Bürger und Parlamente blieben außen vor. TTIP habe auch Konsequenzen für die Kommunen, denn es sollten Profite aus öffentlichen Dienstleistungen gezogen werden. Zudem gebe es eine eindeutige Privatisierungstendenz. Ganz gefährlich seien geplante Sonderklagerechte für Konzerne. Dieses Abkommen verfolge ganz handfeste Wirtschaftsinteressen. So eine Wirtschaftspolitik wolle man nicht, da man die Interessen der Kommunen aushöhle. Ganz wichtig sei es, sich gegen die Privatisierung der Wasserwerke zu wehren. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Mosebach stimmte für die AfD-Stadtratsfraktion der Resolution ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron hielt die Resolution für wichtig. Es gehe nicht um Inhalte, sondern um die Wirkung der Resolution. Man müsse den Bürgern klar machen, dass es um sie und ihre Interessen gehe.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, dass die Bundesregierung genau dies alles anstrebe gerade im Bereich der Kommunalen Daseinsvorsorge.

Ratsmitglied Dr. Blinn hielt es für ein Ünding, wie diese Verhandlungen von der EU-Kommission geführt werden.





Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 15 Enthaltungen:

**die Resolution zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Ponykarussell auf dem Herbst- und Maimarkt; Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 12. September 2014**

Der Vorsitzende erläuterte den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 12. September 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist und vom Hauptausschuss an den Stadtrat zurückverwiesen wurde.

Ratsmitglied Hartmann bedauerte, dass die von den Grünen vorgeschlagenen Alternativen vom Stadtvorstand und den Fachabteilungen nicht geprüft worden seien. Natürlich gebe es im Tierschutz Dinge, die schlimmer seien als diese Thematik. Auch seien die Möglichkeiten der Stadt in diesem Bereich begrenzt. Ponys seien Fluchttiere, die von Lärm und Licht beeinträchtigt würden. Er wolle nochmal betonen, dass er nie die Einhaltung von Richtlinien durch den Betreiber in Frage gestellt habe.

Beigeordneter Klemm entgegnete, dass die Verwaltung keinen Vorschlag zu prüfen brauche, der nicht realisierbar sei. Die Unterzeichner auf der Unterschriftenliste seien überwiegend Nicht-Landauer. Teilweise seien die Unterschriften sehr fragwürdig und sehr aggressiv gesammelt worden. Es gebe mittlerweile auch eine Unterschriftenliste zum Erhalt des Ponykarussells. Unterschriftenlisten sollte man auch nicht überbewerten. Die Kritiker könnten sich das Unternehmen jederzeit gerne ansehen, auch hinter den Kulissen. Man spiele hier auch mit der Existenz eines Unternehmens.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion den Antrag unterstütze. Sie sei der Meinung, dass dieses ständige im Kreis laufen nicht gut für den Tierschutz sei. Der Markt leide nicht, wenn man das Ponykarussell nicht mehr habe.

Der Stadtrat lehnt mehrheitlich mit 12 Ja,- 29 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

**den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, zukünftig weder direkt noch indirekt Stellflächen für Ponykarussell-Attraktionen auf Herbst- und Maimarkt mehr zur Verfügung zu stellen, ab.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### **Satzung zur Bildung eines kommunalen Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat)**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 19. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Es sei dem Stammtisch barrierefreies Landau zu verdanken, dass der Stadtrat am 22. Juli den Grundsatzbeschluss zur Bildung eines kommunalen Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gefasst habe. Die Verwaltung habe ein Konzept entwickelt und dieses in einem Forum mit beeinträchtigten Menschen besprochen und weiterentwickelt. Dies liege nun heute dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor. Man habe sich darauf verständigt, dass es ein Gremium sein soll in dem weniger die professionellen Politiker, sondern mehr die Betroffenen vertreten sind. Er danke dem Stadtrat ausdrücklich für den Mut, sich auf diese neue Dimension der Teilhabe einzulassen. Man betrete Neuland und werde daher Lernende sein. Wenn sich der Beirat im neuen Jahr konstituiert habe, werde man auch miteinander die Regeln fortentwickeln. Auf der Grundlage dieses Satzungsentwurfs werde die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten, wie sich dieser Beirat zusammensetzen soll. Mit diesem vom Stadtrat legitimierten Beirat werde man dann Kriterien entwickeln zu den Mitgliedern und zur Frage, wie der Vorsitz künftig geregelt sein soll. Derzeit sei vorgesehen, dass der Sozialdezernent den Vorsitz übernehme. Dies müsse aber nicht immer so sein. Vor allem müsse man Spielregeln aufstellen, wie man den Informationsfluss gewährleiste.

Der Vorsitzende unterstrich die Aussagen des Bürgermeisters. Man gehe neue Wege und es müsse nicht immer alles perfekt sein. Wichtig sei, den Zug jetzt auf das richtige Gleis zu setzen.

Ratsmitglied Burgdörfer begrüßte die Bildung des Behindertenbeirates. Hier könnten gute und richtige Schritte gegangen werden. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sah in der Bildung des Behindertenbeirates einen wichtigen Schritt zur richtigen Zeit. Man sollte und wolle diesen Beirat möglichst breit anlegen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Kolain erklärte, dass die Bildung dieses Beirates eine sehr schöne Sache sei. Es sei gut, dass die Satzung im Dialog mit den betroffenen Menschen erarbeitet wurde. Allerdings gebe es aus seiner Sicht noch einiges an Verbesserungsbedarf. So hätte der Satzungsentwurf schon vor dem Forum vorliegen sollen, damit sich die Betroffenen eine Meinung hätten bilden können. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte daran, dass es ein gemeinsamer Antrag von CDU, FWG und FDP gewesen sei. Von daher begrüße man es natürlich, dass dieser Beirat jetzt eingerichtet werde. Auch wenn dies hier Neuland sei, sei es allemal sinnvoller als ein temporärer Aufzug am Aussichtsturm. Der Beirat werde den Betroffenen auf Dauer mehr helfen. Sicher werde man auch mal Fehler machen, aber dies sei ja nicht schlimm. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl hätte es gerne gesehen, dass der Vorsitzende vom Beirat gewählt wird. Der Bürgermeister habe hier ja Bereitschaft signalisiert, die Regelungen noch mal auf den Prüfstand zu stellen. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Mosebach begrüßte ebenfalls die Bildung des Behindertenbeirates und erklärte die Zustimmung der AfD-Stadtratsfraktion.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:



**den dieser Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der Satzung zur Bildung eines kommunalen Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat).**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Wahl der weiteren Mitglieder des Beirates für Migration und Integration**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. Dezember 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt auf Vorschlag der Stadtratsfraktionen folgende weiteren Mitglieder in den Beirat für Migration und Integration:**

- 1. Frau Heidi Berger, Im Vogelsang 94 b, 76829 Landau in der Pfalz**
- 2. Frau Magdalena Schwarzmüller, Badstraße 8 a, 76829 Landau in der Pfalz**
- 3. Frau Sophia Maroc, Ostbahnstraße 29, 76829 Landau in der Pfalz**
- 4. Herrn Wolfgang Gauer, Eichbornstraße 16, 76829 Landau in der Pfalz**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Neubesetzung von Ausschüssen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 27. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt**

- 1. Herrn Günter Scharhag, Scharfeneckstraße 5, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Hauptausschuss,**
- 2. Herrn Michael Scheid, Woogstraße 63, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Hauptausschuss,**
- 3. Herrn Prof. Peter Leiner, Am Goethepark 4, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Aufsichtsrat der Landesgartenschau Landau 2015 gGmbH.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

**Öffentlicher Betrauungsakt der Stadt Landau in der Pfalz für**

**a) die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH – Sparte „Betriebsführungen /  
Betriebspachten“**

**b) die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH – Sparte „Bäder“**

**c) die SH-Jugend & Soziales gG**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 18. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die in der Anlage beigefügten Betrauungsakte.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2015 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau, Service und Straßenreinigung**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 28. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Das Entscheidende sei, dass man die Gebühren im Abfall- und im Abwasserbereich stabil halten könne. Gerade im Abfallbereich werde die Luft aber immer knapper. Immer mehr beschäftige den EWL die schwieriger werdende Situation im Müllheizkraftwerk Pirmasens. Im Abwasserbereich stünden große Investitionen in Millionenhöhe an, die perspektivisch natürlich im Einnahmebereich aufgefangen werden müssten. Nach wie vor habe man die günstigsten Abwassergebühren in Rheinland-Pfalz, das werde auch 2015 so bleiben. Innerhalb des EWL werde man eine neue Struktur schaffen um für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein. Alles in allem sei dies ein zufriedenstellender Wirtschaftsplan, für den er um Zustimmung bitte.

Ratsmitglied Scheid dankte den Mitarbeitern des EWL für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr. Der Wirtschaftsplan zeige, dass der Wind stärker werde. Zum ersten Mal weise der Abwasserbereich ein Defizit aus. Hierfür seien Instandhaltungsmaßnahmen im Kanalnetz verantwortlich. Ein Verzicht auf eine Gebührenerhöhung wie in 2015 werde sicher nicht von Dauer sein. Beschäftigen werde den EWL der Verbrennungspreis im Müllheizkraftwerk Pirmasens. Auch das Thema Bioabfallentsorgung werde eine Rolle spielen. Insgesamt habe der EWL seine Hausaufgaben für die kommenden Jahre gemacht. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Wirtschaftsplan zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sah Kosten durch den ZAS und die viel zu große Müllverbrennungsanlage in Pirmasens auf den EWL zukommen. Sie finde es richtig, dass die Projektteilung Landesgartenschau aufgelöst werde. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde sich enthalten.

Ratsmitglied Volkhardt stellte fest, dass der EWL ein gut geführter Betrieb sei, der wirtschaftlich gesund ist. Als Beispiel nenne er nur die Eigenkapitalquote von 80 %. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass der EWL ein gut geführter Betrieb sei. Er danke allen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Positiv sehe er die vorgelegte Aufstellung zum Personalkonzept des Bauhofes. Man müsse darüber reden, wo man die Schnittstelle zwischen Vergabe an Dritte und eigener Leistung setzen wolle. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Braun hielt es für wichtig, gerade an den Schnittstellen wie Abfallentsorgung sichere Stellen im öffentlichen Dienst zu haben, die auch ordentlich bezahlt werden.

Ratsmitglied Mosebach stimmte für die AfD-Stadtratsfraktion dem Wirtschaftsplan zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

**den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigelegten Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2015 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau, Service und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen:**

**Erfolgsplan**

**Erträge**

**18.505.000,-- €**





**Aufwendungen** 19.006.000,-- €

**Vermögensplan**

**Einnahmen** 6.748.000,-- €

**Ausgaben** 6.748.000,-- €

**Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt**

**für das Jahr 2016 auf** 1.900.000,-- €

**Der Gesamtbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf** 150.000,-- €



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.1. (öffentlich)**

**Fortschreibung Personalkonzept Bauhof**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 3. Dezember 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die Fortschreibung des vom Stadtrat am 12.07.2005 beschlossenen Personalkonzepts für den Bauhof.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Wirtschaftsplan 2015 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 19. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Die Stadtholding arbeite seit Jahren in Abhängigkeit von der Energie Südwest. Man werde künftig ein Stück weit auf Sicht fahren müssen. Die Energie Südwest investiere nachhaltig in die Energiewende. Dadurch würden Mittel, die aus dem Unternehmen selbst oder der Zuzahlungsvereinbarung zur Verfügung stehen, gebunden. Es werde eine Zeit dauern, bis Rückflüsse kämen. Daher wisse man nicht, ob im Jahr 2015 die Einnahmen ausreichen um die 2,5 Millionen Euro operativen Verlust auszugleichen. In den letzten Jahren habe man dafür aber Vorsorge getroffen, Schulden abgebaut und Gewinnvorträge vorgenommen. Dies ermögliche es, diese Durststrecke zu überwinden und zu gestalten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung, den Wirtschaftsplan 2015 für die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit folgenden Ansätzen festzulegen:**

<b>1. Erfolgsplan</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
<b>Summe der Erträge</b>		
- Betriebserträge	3.705	
- Zuwendungen	91	
- sonstiger Ertrag (ZZV)	53	
- Ergebnisübernahme	<u>1</u>	3.850
<b>Summe der Aufwendungen</b>		
- Betriebsaufwand	6.337	
- Finanzaufwand	<u>3</u>	6.340
<b>Gesamtergebnis 2015</b>	<b>T€</b>	<b>-2.490</b>

**2. Vermögensplan 2015**

<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>3.421</b>
<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>3.421</b>

**3. Stellenübersicht**



	Stellen 2014	Stellen 2015	Stand 30.09.14
Geschäftsführer	1,05	1,05	1,05
Beschäftigte	54,20	55,70	52,14
<b>Gesamt</b>	<b>55,25</b>	<b>56,75</b>	<b>53,19</b>
Nachrichtlich:			
Azubis/BA-Studenten	7,00	7,00	6,00
Aushilfsbeschäftigte	6,00	0,00	0,00

Stellenmehrungen resultieren zum Teil aus einem am 22.1.2014 gefassten Aufsichtsratsbeschluss (1) zum Teil aus der im Rahmen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes letztmalig notwendig gewordenen Überführung von Arbeitnehmern aus der SH-Service GmbH in die Muttergesellschaft (0,5).

#### 4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)

##### 4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000 T€ festgelegt.

##### 4.1 b) Kreditbedarf

entsprechend Vermögensplan 2015

T€

2.068 \*\*\*

\*\*\* rechnerischer Wert, ohne Zuflüsse aus Zuzahlungsvereinbarung (den Sockelbetrag – siehe Ausführungen auf Seite 13 des Wirtschaftsplanes - überschreitend) + Dividende.

Im Bedarfsfall ist eine entsprechende Kreditermächtigung durch den Aufsichtsrat zu erteilen.

#### 4.2 Finanzplan 2016– 2020

#### 5. Beteiligung EnergieSüdwest AG

Im Bereich der Beteiligung ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass von Seiten der EnergieSüdwest AG noch keine Dividende in das Planergebnis eingeflossen ist. Insgesamt kann für das Planungsjahr 2015 erwartet werden, dass der Zufluss aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG sowie aus der Zuzahlungsvereinbarung das durch die operativen Verluste generierte Liquiditätsdefizit der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH ausgleichen wird. Handelsrechtlich wird es, ggf. durch eine Verrechnung mit den bisher aufgebauten Gewinnvorträgen, nach wie vor möglich sein, ein positives Bilanzergebnis auszuweisen. Unabhängig davon wird die Geschäftsführung im Vollzug des Wirtschaftsplanes ein positives Ergebnis noch vor Verrechnung mit Gewinnvorträgen anstreben.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

### Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2015

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 4. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beigeordneter Klemm erläuterte die Sitzungsvorlage. Wie bekannt sei, werde der Stadtwald nachhaltig betrieben. Die Weichen, die man heute stelle, machen sich vielleicht erst in 80 Jahren bemerkbar. Das für 2015 ausgewiesene Defizit müsse nicht ängstigen, denn man habe in den letzten Jahren mehrere 100.000 Euro erwirtschaftet. Das Forstamt habe darauf hingewiesen, dass mit fallenden Holzpreisen zu rechnen sei. Dieser Betriebsantrag sei konservativ gerechnet und das sei gut so.

Ratsmitglied Marquardt war der Meinung, dass die Jagdpachten unter der Hand vergeben würden. Dies entspreche nicht seiner Vorstellung. Zumal diese an solvente Kaufleute zu einem sehr niedrigen Pachtzins vergeben würden. Es wäre daher sinnvoll, die Pachten öffentlich auszuschreiben. Der Stadtwald habe einen Wert von 25 Millionen Euro. Er könne es auch nicht gut heißen, dass Äsungsflächen angelegt worden seien, die genau zu den Verbiß- und Schältschäden führen würden, die man eigentlich verhindern wolle.

Beigeordneter Klemm entgegnete, dass er keine Lust habe, jedes Jahr das gleiche zu erzählen. Der UBFL gehe es nur um die Pächter, die einem nicht gefallen. Die letzte Pacht sei ausgeschrieben worden. Allerdings sei die Pacht ein marginaler Preis, der Wald an sich habe einen deutlich höheren Wert.

Ratsmitglied Vögeli dankte dem Forstamt für die solide Arbeit. Der Forst arbeite mit und nicht gegen die Natur. Man sei froh, wenn gute Jäger im Wald seien und gute Arbeit machen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Betriebsantrag zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2015 in der vom Forstamt vorgelegten Form.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

**Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 3. Dezember 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)**

**11. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 9. Dezember 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch erkundigte sich nach dem Stand der Gespräche mit den Ministerien bezüglich eines Mittelmehrbedarfs.

Herr Messemer entgegnete, dass die Gespräche mit der Projektgruppe für Januar 2015 terminiert seien.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass mit diesem Controllingbericht deutlich werde, dass man weder den Kostenrahmen noch den Zeitplan einhalten könne. Man sei bei einem Defizit von 6,2 Millionen Euro im Durchführungshaushalt. Alleine die Planungskosten für den Aussichtsturm würden bei 177.000 Euro liegen.

**Der Stadtrat nahm den Controllingbericht zustimmend zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)**

**Beschlüsse des BVerfG betreffend Erhebung wiederkehrender Beiträge für Verkehrsanlagen, weitere Vorgehensweise**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 25. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass wiederkehrende Beiträge eine schwierige Sache seien. Es sei aber erfreulich, dass aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes kleinere Abrechnungsgebiete gebildet werden müssten. Dadurch könne der Bürger Maßnahmen in seinem Gebiet bzw. seinem Stadtteil besser nachvollziehen. Es sei sicher sinnvoll, bei Straßenbaumaßnahmen die Kosten auf viele Köpfe zu verteilen. Allerdings sollten die Gelder dann gerecht und streng nach Bedarf ausgegeben und nicht für Prestigeobjekte verwendet werden. Dieses Vertrauen fehle der UBFL, daher lehne man die Sitzungsvorlage ab.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die allermeisten Bürger Vertrauen hätten. Es lohne nicht, über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu streiten. Man müsse dies umsetzen, wobei es schwieriger werde, nach rein sachlicher Ebene Straßenbaumaßnahmen umzusetzen. Die Beträge, wie sie bisher erhoben werden, würden künftig nicht mehr ausreichen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf einer Änderungssatzung zur „Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Stadt Landau in der Pfalz“ (Ausbaubeitragssatzung) vorzulegen, die die Vorgaben der aktuellen Rechtsprechung des BVerfG und des OVG Koblenz berücksichtigt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt die Einziehung der im Februar für 2015 fälligen Vorausleistungen für den wiederkehrenden Beitrag für Verkehrsanlagen bis zum Inkrafttreten der Änderungssatzung auszusetzen.**





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

**Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 24. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung als Satzung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)**

**Förderprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren; - Vorläufiger Beschluss des Innenstadtentwicklungskonzeptes, - Vorläufiger Beschluss der Ausweisung eines Stadtumbaugebietes für einen Teilbereich der Innenstadt (Aktives Stadtzentrum Landau)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die innerstädtische Mobilität viele Punkte hätte und sehr wichtig sei. Hierzu gehöre der Öffentliche Personennahverkehr, Verkehrsregelungen, Fahrradwege und auch Parkplatzangebote. Er halte es nicht für sinnvoll, es bruchstückhaft anzugehen. Man sollte es zusammenfassen und ein gesamtes Mobilitätskonzept erarbeiten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man die Verwaltung hier nicht überzeugen müsse. Er habe bereits eine neue Abteilung Mobilität gebildet. Es seien bereits Angebote für ein Mobilitätskonzept und ein Parkraumbewirtschaftungskonzept abgefragt. Er gehe davon aus, dass man im 1. Quartal 2015 hier zu einer Beauftragung kommen könne.

Ratsmitglied Lichtenthäler fand es gut, diese Frage nochmal neu anzugehen. Der Antrag der CDU impliziere, dass man derzeit nicht arbeiten könne. Dem sei aber nicht so. Am Radwegkonzept könne man weiter arbeiten.

Herr Kamplade gab weitere Erläuterungen. Es gebe insgesamt 3 Dinge. Das eine sei ein Innenstadtentwicklungskonzept, über das man heute entscheide. Dies umfasse nicht nur den Bereich Verkehr, sondern alle Dinge die die Innenstadtentwicklung betreffen. Ein zweites sei das Mobilitätskonzept, das hier integriert sei. Dieses Mobilitätskonzept beziehe sich auf alle Verkehrsarten. Das Parkraumbewirtschaftungskonzept gebe es bereits und werde ständig fortgeschrieben. Die Parkraumstudie, um die es jetzt gehe, sei ein Teil des Mobilitätskonzeptes. Im Moment verhandle man mit der Aufsichtsbehörde, ob man diese Konzepte gefördert bekomme.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag als erledigt ansehe, wenn diese Parkraumstudie Teil des Mobilitätskonzeptes werde.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, welche Auswirkungen die Aufhebung des Sanierungsgebietes auf die Förderkulisse habe. Dies insbesondere im Blick auf das Haus am Maulbeerbaum.

Herr Kamplade erläuterte, dass dies für den Maulbeerbaum die Förderbedingungen deutlich verschlechtere. Allerdings sei man hier mit der ADD noch im Gespräch. Wenn man die Fördermöglichkeiten für das Haus am Maulbeerbaum deutlich verschlechtere, werde man das Sanierungsgebiet Altstadt Südwest natürlich nicht komplett aufheben. Für Privatmaßnahmen werde künftig über einen Verfügungsfonds gefördert. Bei Maßnahmen im öffentlichen Raum ändere sich durch den Programmwechsel nichts. Das Problem sei, dass man neue Förderinstrumente brauche, weil die bisherigen Töpfe leer seien.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. vorbehaltlich der abschließenden Zustimmung des Landes das Innenstadtentwicklungskonzept Landau (Anlage 1) als städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 171b Abs. 2 BauGB und § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB.**



2. vorbehaltlich der abschließenden Zustimmung des Landes für einen Teilbereich des Innenstadtentwicklungskonzepts (Anlage 6) die Ausweisung eines Stadtumbaugebietes „Aktives Stadtzentrum Landau“.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - a. die erforderlichen Abstimmungen mit dem Land vorzunehmen, die erforderlichen Änderungswünsche einzuarbeiten und die abschließende Zustimmung des Ministeriums / der ADD einzuholen,
  - b. für den Fall wesentlicher inhaltlicher Änderungen durch die ADD, den Bauausschuss zu informieren und bei Bedarf einen Änderungsbeschluss durch den Stadtrat einzuholen.
  - c. die bestehenden Sanierungsgebiete in der Innenstadt abzuschließen,
  - d. auf Basis des vorgelegten Konzeptes die Aufnahme in das Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ zu beantragen und
  - e. den Beschluss des Stadtumbaugebietes „Aktives Stadtzentrum Landau“ nach Zustimmung des Landes bekannt zu machen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19.1. (öffentlich)**

**Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Erstellung eines "Integrierten Mobilitätskonzept Landau"**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 10. Dezember 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 19 verwiesen.

**Die CDU-Stadtratsfraktion sieht den Antrag nach den Beratungen zu Tagesordnungspunkt 19 als erledigt an.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „DH 7 – Erweiterung Gewerbegebiet Im Grein“,  
Aufstellungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 18. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Maier teilte mit, dass der Ortsbeirat Dammheim dies abgelehnt habe. Die Ablehnung sei nicht aus grundsätzlichen Überlegungen erfolgt, sondern wegen der Frage der Wegeverbindung zwischen den Gebieten Im Grein und Im Wolfangel.

Herr Kamplade entgegnete, dass das betreffende Grundstück öffentliche Verkehrsfläche bleibe. Dies bedeute, dass der bestehende Wirtschaftsweg uneingeschränkt befahrbar bleibe.

Herr Messemer ergänzte, dass diese Fläche nicht an die Firma Klein veräußert werde, sondern öffentlich bleibe.

Ratsmitglied Thiel gab zu bedenken, nicht noch mehr landwirtschaftliche Flächen zu Gewerbeflächen zu machen.

Herr Kamplade wies darauf hin, dass es sich hier um einen seit 15 Jahren gültigen Flächennutzungsplan handle. Dieser sehe eine langfristige Entwicklung von Gewerbeflächen bis zur B 10 vor.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, warum hier hinsichtlich der Erschließungsstraße eine Freistellung von 30 Jahren für die Beiträge erfolge.

Herr Messemer erläuterte hierzu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Gemeinde stimmt dem Antrag des Vorhabenträgers Theo Klein GmbH vom 29.09.2014 über die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens zu. Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkungen Dammheim, Landau-Stadt und Nußdorf (Flurstücke 3614, 3615, 3616/1, 3620, 3621/1, 3621/2, 4378/4, sowie teilweise 4095/3 und 6675/1) wird zur Schaffung von Baurecht gemäß § 12 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 a BauGB und § 2 Abs. 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan „DH 7 – Erweiterung Gewerbegebiet Im Grein“ aufgestellt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, den gemäß § 12 Abs. 1 BauGB mit dem Vorhabenträger abzuschließenden Durchführungsvertrag zur Planung und Erschließung des Vorhabens vorzubereiten.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)**

**Vergabe zur Erstellung einer Wohnungsmarktanalyse sowie Erstellung eines Wohnraumversorgungskonzeptes für die Stadt Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. Dezember 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch fragte, warum nicht ein Gebäude für den sozialen Wohnungsbau, für das es wohl Interessenten gebe, baldmöglichst in den Verkauf gebe.

Herr Kamplade entgegnete, dass die Baufläche 10 an der Cornichonstraße im Jahr 2015 für den Zweck sozialer Wohnbau ausgeschrieben werde.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Vorstellung des Koblenzer Modells im Bauausschuss sehr interessant gewesen sei. Man könne von Koblenz ein Stück weit lernen. Manches sei auch nicht übertragbar. Allerdings könne er sich vorstellen, auch in Landau eine Lenkungsgruppe einzurichten.

Herr Kamplade sicherte zu, dass es in Landau sehr ähnlich laufen werde wie in Koblenz, da es sehr wahrscheinlich die gleiche Firma machen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. die Freigabe von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 15.000 Euro unter Vorbehalt des vorzeitigen förderunschädlichen Maßnahmenbeginns und der Förderzusage durch das Ministerium der Finanzen.**
- 2. die benötigten Haushaltsmittel in Einzahlungen und Auszahlungen entsprechend im Haushalt aufzunehmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)**

**Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Dezember 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Gemäß § 36 des Landesstraßengesetzes (LStrG) werden die in der Anlage 1 aufgeführten Verkehrsflächen als Gemeindestraße (§ 3 Nr. 3s LStrG) dem öffentlichen Verkehr gewidmet.**

**Die hierin genannten Flächen sind in den beiliegenden Lageplänen gekennzeichnet.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)**

**Fremdwasserbeseitigung in der Stadt Landau in der Pfalz und Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 17. Oktober 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Scheid hätte es für gut gefunden, wenn der Preis von 7 Cent in der Berechnungsformel genannt wäre.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass man dieser Anregung gefolgt sei und es in der öffentlichen Darstellung deutlich gemacht habe.

Ratsmitglied Dürphold erklärte, dass sich für die FWG-Stadtratsfraktion die Frage stelle, wie gerecht es gegenüber den Bürgern gehandhabt werden könne.

Herr Eck erläuterte, dass man es natürlich nicht immer zu 100 % erkennen könne, in aller Regel sehe man es aber schon. Wer aber die Fremdwasserzuleitung nicht angebe, der handle gegen die Satzung. Dies sei dann eine Ordnungswidrigkeit, die man auch ahnden werde.

Ratsmitglied Dürphold regte an, es mit einer Pauschalsumme zu regeln.

Bürgermeister Hirsch stellte klar, dass man jetzt irgendwo mal anfangen müsse. Das Konzept müsse natürlich immer auch weiterentwickelt werden. Er nehme diesen Vorschlag aber gerne für die Zukunft auf.

Herr Eck ergänzte, dass der Preis derzeit moderat sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dem Fremdwasserkonzept und den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung zuzustimmen.**





## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)**

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende informierte zum derzeitigen Stand zur Geothermieanlage. Im Moment sei man dabei einen Termin mit dem Landesamt für Bergbau und Geologie abzustimmen, um in einer öffentlichen Bürgerversammlung den aktuellen Stand mitzuteilen. Der Termin werde Mitte bis Ende Januar 2015 sein.

Ratsmitglied Marquardt bat um Auskunft, ob in den Brunnen in den Horstwiesen ein erhöhter Arsengehalt festgestellt worden sei.

Der Vorsitzende sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Ratsmitglied Maroc lud als Beauftragte für die Belange der Universitätsstadt zur nächsten Sitzung des Rates für Fragen der Universität und ihrer Studierenden am 21. Januar 2015 ein.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Mitarbeit des Stadtrates im abgelaufenen Jahr.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24.1. (öffentlich)**

**Informationen zum "Landauer Weg der Bürgerbeteiligung"**

Der Vorsitzende gab Informationen zum aktuellen Stand des Landauer Weges der Bürgerbeteiligung. Man werde jetzt die Ergebnisse des Symposiums in einem Arbeitskreis mit Vertretern der Fraktionen und mit Bürgern diskutieren und ein Konzept erarbeiten. Ziel sei es, das Konzept in der Sitzung des Stadtrates am 23. Juni 2015 zu beschließen.



Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 16.12.2014 umfasst 49 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 508.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter